



FBI - Friedrichshagener Bürgerinitiative
Bölschestr. 44, Remise, 12587 Berlin

Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur
Herrn Alexander Dobrindt
Invalidenstraße 44

10115 Berlin

FBI - Friedrichshagener Bürgerinitiative
Projektgruppe des Bürgervereins Friedrichshagen e.V.
Bölschestraße 44, Remise
(Eingang von der Drachholzstr.)
12587 Berlin
Tel.: 030 - 98 33 55 62
Funk: 0157 - 846 626 32
fbi.berlin@googlemail.com
www.fbi-berlin.org/

Berlin, den 11. Februar 2014

1. Mahnwache vor dem Ministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

zunächst übermitteln wir unsere Glückwünsche zu Ihrer Ernennung zum Bundesverkehrsminister.

Wie Sie sicherlich wissen, hat das Aktionsbündnis für ein Lebenswertes BERLIN-BRANDENBURG (ABB) zu einer Reihe von zunächst sechs Dienstags-Mahnwachen vor Ihrem Ministerium aufgerufen. Die organisatorische Verantwortung wird dabei jeweils eine andere Bürgerinitiative aus Berlin bzw. Brandenburg übernehmen. Die heutige erste Mahnwache übernimmt die Friedrichshagener Bürgerinitiative (FBI).

Mit den Mahnwachen **bringen** wir unsere Unzufriedenheit über eine, wie wir meinen, falsche Verkehrspolitik zum Ausdruck, bei der die Interessen der Menschen in der Vergangenheit unter die Räder gekommen sind.

In der Presse stand, dass Sie sich selbst gern als Minister für „Mobilität und Modernität“ bezeichnen (u.a. Bild vom 01.02.2014).

Mittlerweile gibt es kaum jemanden, der nicht zugibt, dass Schönefeld der falsche Standort für einen Großflughafen ist.

International werden neue Großflughäfen weit außerhalb der Metropolen gebaut (siehe Anlage: Entfernungvergleich..). Nur Deutschland will unbedingt einen neuen Großflughafen im Stile des alten Jahrhunderts im mitten einer der dichtest besiedelten Regionen Deutschlands bauen – obwohl weite Bereiche im Umland der Millionenmetropole Berlin äußerst spärlich besiedelt sind.

Für die Flughäfen Frankfurt und München wäre es selbstverständlich ein Vorteil, wenn der BER auf Grund seiner desaströsen Lage nie zu einem wirklichen Kontrahenten werden kann.

Aber sollte Deutschland tatsächlich völlig freiwillig und unbedrängt mit eigenem Steuergeld seine eigene Hauptstadtregion verlärmern?

Ist das nicht reichlich dumm, wenn man bedenkt, dass ruhige Wohngebiete auch Lebensqualität darstellt und ein Infrastrukturvorteil im Konkurrenzkampf um die fähigsten Köpfe ist?

Aber sagen Sie selbst, ist es nicht total dumm, wenn Deutschland völlig freiwillig und unbedrängt mit eigenem Steuergeld seine eigene Hauptstadtregion verlärmert?



Laut Angaben der Deutschen Flugsicherung werden allein bei Starts 1.073.000 Millionen Menschen dem Lärm ausgesetzt (ab Dauerschallpegel 40 dB), berechnet auf ca. 233.000 Flüge im Jahr. Bei Berücksichtigung der Anflugrouten und der planfestgestellten Kapazität von 360.000 Flugbewegungen im Jahr rechnet die FBI mit über 1,5 Millionen Bürgerinnen und Bürgern, die vom Fluglärm betroffen sind. Das sind mehr Menschen als in der drittgrößten Stadt Deutschlands, München, wohnen.

Die fast vollständige Verlärmung Berlins und seines Umlands können Sie der grafischen Darstellung der Flugzonen in der Anlage entnehmen.

Jahrelang wurden den Menschen metropolenabgewandte Flugrouten am BER vorgegaukelt. Jetzt führt die Routenführung plötzlich dazu, dass die Flugzeuge über das Berliner Stadtgebiet fliegen. Circa 1,5 Millionen Menschen werden dem Flugzeuglärm ausgesetzt sein, viele davon vollkommen überraschend.

Die Verantwortlichen wurden nie zur Rechenschaft gezogen.

Lärm macht krank. Sehr krank.

Alle wissen das. Auch ist bekannt, dass das Deutsche Fluglärmgesetz nicht auf aktuellem wissenschaftlichem Stand ist und **nur** mangelhaft vor krankmachenden Fluglärm schützt.

Aus diesem Grund möchten wir Sie auffordern, sich für ein Nachtflugverbot am Standort Schönefeld von 22 - 6 Uhr einzusetzen.

Folgen Sie hier der gleichlautenden Forderung des Bundesumweltamtes und den ca. 250.000 Unterzeichnern aus Berlin und Brandenburg beim Volksbegehren Nachflugverbot und erweisen Sie sich zu Recht als „Minister der Modernität“.

Das Starten und Landen in der Nacht am Standort Schönefeld zu unterstützen, ist unseres Erachtens weder sozial noch christlich.

Die WHO spricht vom Verlust von jährlich ca. 1 Mio. Lebensjahren in Westeuropa – allein auf Grund von Lärm.

Nach Abschluss seiner Studie (im Auftrag des Bundesumweltamtes) zu den gesundheitlichen Auswirkungen des Fliegens in der Nacht am Standort Köln-Bonn formulierte Prof. Eberhard Greiser in einem Interview: **„Die Politiker müssen sich Gedanken machen, wie viel zusätzliche Krankheits- und damit auch Todesfälle der Bevölkerung zumutbar sind, wenn auf der anderen Seite der wirtschaftliche Nutzen für einige Firmen steht.“** (Frankfurter Rundschau, 6. Jan. 2010)

Wir fragen Sie: Wie viele Krankheits- und auch Todesfälle akzeptieren Sie? Wie viel sind Ihnen die Gesundheit der Bürgerinnen und Bürger und das Wohl von deren Kindern wert?

Wir bitten Sie, ein neues, dem Fortschritt zugewandtes Kapitel in der Luftfahrt Deutschlands aufzuschlagen, bei dem die Interessen der Menschen im Mittelpunkt stehen.

Treten Sie ein für ein Nachtflugverbot von 22 - 6 Uhr am Standort Schönefeld und beginnen Sie mit der Planung eines neuen, freifinanzierten Standortes an großflughafentauglicher Stelle.

Mit freundlichen Grüßen

Die Friedrichshagener Bürgerinitiative (FBI)

Überreicht anlässlich der 1. Dienstmahnwache 2014 vor Ihrem Ministerium.